



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

χ. ρ.: Vom deutschen Reichstage und preußischen Landtage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

blieben. Nach manchen Kreuz- und Querzügen durch das Land der Jesidibis oder Teufelsanbeter kam Burnaby nach Kars. Diese Festung ist gelegentlich ihrer letzten Belagerung zu oft beschrieben worden, als daß wir hier noch auf Burnabys Schilderung eingehen sollten. Damals lagen etwa 20,000 Mann dort und die Forts befanden sich in einem sehr vernachlässigten Zustande. Die Schenßlichkeiten, die hier von den Russen erzählt wurden: hängen, spießen, Nasen- und Ohrenabschneiden, lebendig braten und dergl., worüber Burnaby gewissenhaft Buch führt, können wir wohl übergehen. Wir eilen mit ihm nach Ardahan, wo er nach einem 2000 englische Meilen langem Ritte seine Reise beschließt. Die Pferde wurden verkauft und im nahen Batum der Dampfer bestiegen, welcher den flotten Reiter und Russenfresser nach Konstantinopel brachte.

A. Rauchhaupt.

Vom deutschen Reichstage und preußischen Landtage.

Berlin, 31. März.

Noch einmal hat der Reichstag dem preußischen Landtage eine Woche lang den Vorrang lassen müssen. Die Fortsetzung der Spezialberatung des Budgets, welcher die drei Reichstagsitzungen während dieser Zeit hauptsächlich gewidmet waren, konnte neben den Verhandlungen voll dramatischer Bewegung, welche sich gleichzeitig im Abgeordnetenhaus abspielten, die allgemeine Aufmerksamkeit nicht fesseln. Ein verhältnißmäßig großes Interesse wandte sich dem Etat der Post- und Telegraphenverwaltung zu. Seit Jahren wird der Reichstag mit Petitionen unzufriedener Beamten überschwemmt; auch von anderer Seite ist mit einer gewissen systematischen Beharrlichkeit die Vorstellung hervorgerufen worden, als ob die oberste Leitung des Post- und Telegraphenwesens planmäßig eine geradezu unmenschliche Ausbeutung ihrer Untergebenen betriebe. Um diesen Beschwerden endlich einmal auf den Grund zu kommen, hatte man jetzt einzelne Theile des betreffenden Stats einer besonderen Kommission zur Prüfung überwiesen. In derselben ist man indeß allseitig zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Verwaltung nach durchaus gerechten und humanen Grundsätzen verfährt, und in dem Berichte der Kommission hat man sogar einen öffentlichen Tadel der Hauptschürer für angezeigt gehalten. Demnach ist wohl zu hoffen, daß das Querculantenwesen, welches sich unter den Postbeamten immerhin breit zu machen drohte, für einige Zeit wenigstens sein

Ende erreicht hat. Im Uebrigen wurden diese Positionen des Etats mit wenigen Ausnahmen bewilligt, außerdem noch einige Resolutionen hinzugefügt, von denen die wichtigste dahin geht, daß auf die Aufhebung des Instituts der sogenannten Militärpostämter — 132 Postämter, welche nur mit Offizieren besetzt werden — natürlich unter Schonung wohlervorbener Rechte, Bedacht genommen werde.

Aus den sonstigen Beschlüssen ist in der That wenig hervorzuheben. Einer scharfen Kritik wurde bei Gelegenheit der Zuschußforderung für das neue Collegiengebäude der Universität Straßburg die Weise unterzogen, wie von Reichswegen heutzutage gebaut wird. Ein Redner meinte Angesichts der vorgelegten Pläne, daß es doch unmöglich angehe, den guten Geschmack der Elsäßer mit einem solchen „australischen Baustyl“ zu beleidigen. Die Position von 600,000 Mark wurde denn auch auf 100,000 Mark reduziert, nicht weil man die Beihilfe des Reichs zu dem Universitätsbau wirklich um diesen Betrag schmälern, sondern weil man befriedigendere Pläne abwarten wollte. — Die Sparjamkeit, auf welche die dermalige Finanzlage unbestreitbar hinweist, hatte die Budgetkommission u. A. auch bei zwei Forderungen theils historisch-künstlerischen, theils wissenschaftlichen Interesses zum Ausdruck gebracht. Sie beantragte die erste Rate zur Restauration der Katharinenkirche bei Oppenheim, im Betrage von 16,500 Mark, sowie den Posten von 100,000 Mark zur Unterstützung der Afrikaforschungen zu streichen. Dem ersteren Vorschlage ist das Haus nicht beigetreten; man hielt die Wiederherstellung des in so vieler Beziehung merkwürdigen Baues für eine nationale Ehrenpflicht, und so wurde die Bewilligung der Budgetforderung mit großer Majorität beschlossen. Was aber den anderen Punkt anlangt, so gelang es den Freunden der Afrikaexpeditionen nicht, die Versammlung im gewünschten Grade zu erwärmen; die Position wurde, freilich fast bei Stimmengleichheit, abgelehnt.*)

Das Dazwischentreten des Landtages hat es leider unmöglich gemacht, den Reichshaushaltsetat rechtzeitig, d. h. vor dem ersten April, fertig zu stellen. Man hat sich auch diesmal, wie im vorigen Jahre, bequemen müssen, den alten Etat durch ein Nothgesetz um einen Monat zu verlängern. Mit der Verlegung des Etatsjahresanfangs vom ersten Januar auf den ersten April meinte man, aller Budgetnöthe überhoben zu sein. Jetzt muß schon zum zweiten Male die Fortdauer des alten Leidens konstatiert werden. Hoffentlich zum letzten Mal! —

Der Landtag hat mit der abgelaufenen Woche nach fünfmonatlicher, freilich wiederholt unterbrochener Tagung sein Ende erreicht. Den Inhalt seiner

*) Leider! D. Red.
Grenzboten II. 1878.

letzten Sitzungen bildete fast ausschließlich der Nachtragsetat, durch welchen außer dem Posten eines Vicepräsidenten des Staatsministeriums ohne Portefeuille ein besonderes Eisenbahnministerium geschaffen und die Verwaltung der Domänen und Forsten vom Finanzministerium auf das landwirthschaftliche Ministerium übertragen werden sollte. Wir haben von dem, was wir im vorigen Briefe über diese Vorlage gesagt, nichts hinwegzunehmen und kaum etwas hinzuzusetzen. Fürst Bismarck ist auch in der zweiten Berathung nochmals mit aller Entschiedenheit für seine Vorschläge eingetreten, aber er konnte nichts ändern an der Thatsache, daß die herrschende Gesamtlage der parlamentarischen Geschäfte für den Augenblick eine der Wichtigkeit der Sache entsprechende materielle Prüfung dieser Vorschläge nicht zuließ. Und weil dem so war, lehnte das Abgeordnetenhaus mit Fug und Recht das Eisenbahnministerium und auch die Verbindung der Domänen und Forsten mit dem landwirthschaftlichen Ministerium, obgleich man die Zweckmäßigkeit dieser letzteren Maßregel ziemlich allgemein anzuerkennen geneigt war, zur Zeit ab. Nur der neue Posten eines Viceministerpräsidenten wurde mit großer Majorität zugestanden. Dieser Vicepräsident soll bekanntlich zugleich die allgemeine Stellvertretung des Reichskanzlers übernehmen, so daß in diesem Zusammenhange seine Bewilligung als eine selbstverständliche Konsequenz des neulich vom Reichstage beschlossenen Stellvertretungsgesetzes erschien.

Dieser Ausgang der Nachtragsetatsvorlage ist so sehr durch die Natur der Sache gerechtfertigt, daß man schwer begreift, wie Jemand bona fide das ablehnende Votum der Majorität als aus ganz anderen Gründen hervorgegangen darstellen mag. Mit jenem plumpen Uebereifer, welcher unsere „Freiwilligouvernementalen“ kennzeichnet, hat man die Nationalliberalen einer Verstimmungspolitik angeklagt, in Folge deren sie dem Fürsten Bismarck die Mittel, welche derselbe zur Durchführung seiner Pläne bedürfe, zu bewilligen nicht mehr geneigt seien. Wer der Wahrheit die Ehre geben will, erkennt leicht die vollkommene Grundlosigkeit dieser Beschuldigung. Nicht darum hat es sich gehandelt, ob man dem Fürsten Bismarck fernere Mittel überhaupt gewähren wolle oder nicht, sondern darum, ob man ihm die von ihm gewünschten Mittel gewähren solle ohne die Möglichkeit einer gewissenhaften Prüfung. Fürst Bismarck selbst hat es vorsichtig vermieden, auf diesen Punkt einzugehen; vielmehr entschuldigte er sich gewissermaßen wegen der etwas überstürzten Einbringung seiner Organisationsvorschläge mit dem Bekenntniß der irrthümlichen Auffassung, welche er von der allgemeinen Meinung über die in Rede stehenden Fragen gehabt, und er fand sich in das einstweilige Scheitern seines Projekts mit jener Resignation, die ihm einem wirklich berechtigten Widerstande gegenüber stets eigen ist. Dagegen meint seine ungeschickte publizistische Diener-

schaft einen großen Coup auszuspielen, indem sie der geordneten konstitutionellen Gesetzesberathung die Autorität des Fürsten Bismarck gegenüberstellt und freischweg das ganze Volk für die letztere gegen die erstere Partei ergreifen läßt. Das Manöver ist von einer so bodenlosen Lächerlichkeit, daß selbst die Empörung, welche jeder rechtschaffene Mann über diese frivole Konfliktshetze empfinden muß, hinter der nachhaltigen Heiterkeit über solch' genialen Beurtheiler des Volkswillens zurücktritt.

Die Hauptsache übrigens, welche Fürst Bismarck mit dem Nachtragsetat allem Anscheine nach erstrebte, hat er doch erreicht. Seine Gründe für die Errichtung eines Eisenbahnministeriums liefen durchweg auf den Nachweis der Nothwendigkeit einer energischeren Eisenbahnpolitik hinaus; die Grundstimmung, aus welcher der ganze Vorschlag hervorgegangen, war offenbar die Unzufriedenheit des Reichskanzlers mit dem Handelsminister Rhenbach. Nun ist der letztere gegangen und der nach der allgemeinen Ansicht für das Eisenbahnministerium designirt gewesene Unterstaatssekretär Maybach an seine Stelle getreten. In der Sache kann also nunmehr die neue Phase der Eisenbahnpolitik ebenso ungehindert in Szene gesetzt werden, wie wenn das Eisenbahnministerium bewilligt worden wäre.

Unmittelbar nachdem der Justizminister Leonhardt in der vereinigten Sitzung beider Häuser des Landtags die königliche Schlußbotschaft verlesen hatte, erschienen im Staatsanzeiger die neuen Minister Graf Botho Eulenburg, Hobrecht und Maybach; der Vizepräsident Graf Stolberg-Wernigerode mußte aus der formalen Rücksicht, daß der Nachtragsetat noch nicht gesetzlich vollzogen war, ein wenig länger auf die amtliche Publikation warten. Der Gerüchte und Muthmaßungen über die demnächstige Haltung des also rekonstruirten Ministeriums, ist Legion. Man thut am besten, die Thatfachen abzuwarten. Das Eine aber, wir wiederholen es, steht fest: Das neue Ministerium ist nicht der Ausdruck jener innigeren Uebereinstimmung zwischen Regierung und Volksvertretung, deren Herstellung die besten Patrioten, als die durch das Wohl des Landes dringend gebotene Lösung der schweren inneren Krise betrachteten hatten.

x. e.